

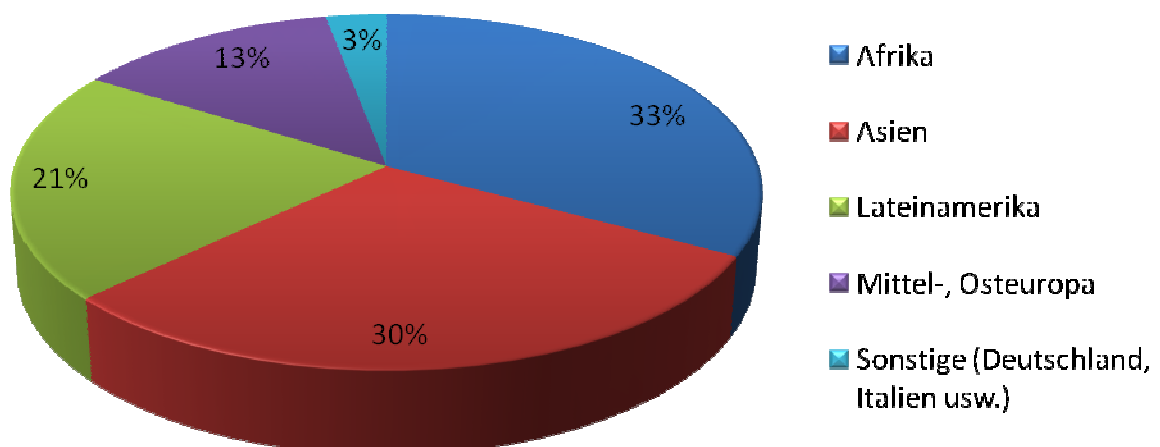


FRAUENRECHT IST MENSCHENRECHT  
Beraten | Informieren | Integrieren

## Ausgewählte Schlaglichter 2009

Ein knapper jahresbezogener Überblick  
der Entwicklungen und ‚Highlights‘ bei FIM im Jahr 2009

Im Jahr 2009 fanden **1135 Frauen und ihre Familien** in mehr als **7.000 Beratungskontakten** Unterstützung und Begleitung durch FIM. FIM hat damit in diesem Jahr erneut seine Beratungszahlen erhöht. Die Klientinnen und ihre Familien kamen aus **79 verschiedenen Herkunftsländern**. Folgende Herkunftsregionen waren vertreten:



## FIM intern

Zum Ende des Jahres 2009 wird die Arbeit von FIM von **14 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen**, vier ehrenamtlich tätigen Vorstandsfrauen und einer Reihe von ehrenamtlichen UnterstützerInnen sowie von verschiedenen Honorarkräften getragen.

**Bei FIM sind tätig:** *Elena Berns* und *Sevgi Abasiz* (Auszubildende) in der Verwaltung, *Gabi Schmitt*, *Doris Eckhardt* und *Linda Koleva* in der Arbeit gegen Menschenhandel bzw. in dem Projekt „Beratung für Frauen in der Prostitution in Marburg“, *Gina Aguila* in den Bereichen Asien und Mittel- und Osteuropa, *Chanida Keving* ebenfalls im Bereich Asien mit Schwerpunkt Thailand, *Encarni Ramirez* im Bereich Lateinamerika sowie im Projekt Marburg, *Charlotte Njikoufon* und *Litta Haile* für den Bereich Afrika sowie *Christine Matthews* im Projekt LAiF und *Sosyale Özdemir* im Bildungs- und Verwaltungsbereich. Ein weiterer unersetzlicher Teil des FIM-Teams ist *Manfred Schückel*, der alle technischen und statistischen Herausforderungen im Ehrenamt meistert. Die Leitung liegt bei *Elvira Niesner* und bei *Andrea Bode* als Stellvertreterin. Seit April 2009 befindet sich Andrea Bode in Elternzeit, ist aber weiterhin eng in das Tagesgeschehen bei FIM eingebunden.

**Neu im Team** und derzeit noch als Honorarkraft tätig ist *Petra Diabaté*, Ethnologin und Afrikanistin. Sie ist für das neue Arbeitsfeld zur weiblichen Genitalverstümmelung/FGM zuständig.

Zum **ehrenamtlich tätigen Vorstand** gehören *Gertrud Mehrens* (Vorstandsvorsitzende), *Ursula Trautwein* (stellvertretende Vorstandsvorsitzende), *Brigitte Gößling* und *Gudrun Reinhart*. Auf die Tatsache, dass dem FIM-Vorstand heute noch Frauen aus der Gründungszeit vor nunmehr bald 30 Jahren angehören, ist FIM besonders stolz.

Das interkulturelle Team bei FIM kann derzeit neben Deutsch **zehn Sprachen** abdecken: Amharisch, Bulgarisch, Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch, Tagalog, Thai, Tigrinya, und Türkisch. Für weitere Sprachen, die in der Beratung Hilfesuchender notwendig werden, kann FIM auf ein Netzwerk von Dolmetscherinnen zurückgreifen, das beständig gepflegt und ausgebaut wird. Häufig handelt es sich hierbei um Studentinnen der Fachhochschulen und Universitäten in Hessen, die bereit sind, für ein im Vergleich zu regulären Dolmetscherdiensten geringes Honorar wichtige Aufgaben zu übernehmen.

Nach wie vor beruht die **Finanzierung** von FIM auf drei Hauptstandbeinen: der *Stadt Frankfurt/M.* (Frauenreferat und Amt für Multikulturelle Angelegenheiten), dem *Land Hessen* (Hessisches Sozialministerium) und der *Evangelischen Kirche* (EKHN und DWHN, EFHN, EFiD, Kollekten).

Hinzu kommen als unverzichtbare finanzielle Unterstützer im Jahr 2009:

- die Hermann Schlegel-Stiftung
- die Stadt Marburg, der Weltgebetstag der Frauen, die Französisch-reformierte Gemeinde Frankfurt sowie Aktion Mensch - Die Gesellschafter
- das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Europäische Sozialfonds
- sowie Spenden von Privatpersonen, Mitgliedsbeiträge und Bußgelder

Mit Unterstützung des Rhein-Main-Jobcenters konnte ein Beschäftigungsverhältnis aufgenommen werden.

Umfangreiches social sponsoring erhielt FIM im Jahr 2009 von der Firma *Dialog-Webdesign* sowie der Werbeagentur *veryvery*.

## Ausgewählte Arbeitsfelder

- **Kampagne „Stoppt Zwangsprostitution“**  
([www.stoppt-zwangsprostitution.de](http://www.stoppt-zwangsprostitution.de))

### ➤ neue Kampagnenaktionen

Im Jahr 2009 konnte FIM auf Grundlage des Ansatzes der Freierkampagne „Stoppt Zwangsprostitution“ die Bereiche der Informations- und Sensibilisierungsarbeit für Männer und der Hilfestellung durch Freier nachhaltig ausbauen. Im Auftrag von FIM brachte eine Gruppe überaus engagierter männlicher Studenten im persönlichen Gespräch Informations- und Aufklärungsmaterial ‚an den Mann‘. Die Gruppe war zuvor von FIM-Mitarbeiterinnen umfassend für ihren Einsatz geschult worden: Sie erhielten Informationen über Hintergründe und kriminelle Praktiken im Bereich der Zwangsprostitution und wurden mit dem Aufklärungsmaterial von FIM vertraut gemacht, über die Hotline und Website informiert und intensiv auf ihre Aufgabe, mit Männern bzw. Freiern in Kontakt und ins Gespräch zu kommen, vorbereitet.

Im Rahmen der öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen wurden **mehrtägige Sensibilisierungsaktionen auf der Straße vor dem Messegelände und an anderen strategisch sinnvollen Orten** z.B. anlässlich der Messe „Ambiente“ vom 13. bis zum 17. Februar 2009 bzw. der Internationalen Automobilausstellung (IAA) vom 17. bis zum 27. September 2009 in Frankfurt am Main durchgeführt. Gezielt wurden Männer von Männern über die Menschenrechtsverletzung der Zwangsprostitution mittels persönlicher Gespräche sowie Informationsmaterial von FIM aufgeklärt.

Die Gruppe, die im Auftrag von FIM tätig war, berichtete von überwiegend positiven Reaktionen seitens der angesprochenen Männer. Mehrheitlich wurde die Thematik als wichtig empfunden, und es wurde signalisiert, dass mit der Informationsarbeit ein großer Aufklärungsbedarf gedeckt wird. Bei vielen Messebesuchern aus dem Ausland ergab sich darüber hinaus ein interessantes Image Deutschlands: Sie zeigten sich erstaunt darüber, dass in Deutschland Prostitution überhaupt erlaubt ist, und waren bisher davon überzeugt, dass dieses Gewerbe in einem „ordentlichen“ Land wie diesem verboten sein müsse.

➤ **weiterhin Hotlinemeldungen zu (potentiellen) Opfern von Zwangsprostitution**

Die im Zusammenhang mit der Kampagne 2006 installierte Hotline für Freier wird weiterhin rege genutzt. Nach wie vor stellt FIM für Freier die Kontaktmöglichkeit per Telefon (Hotline- oder Büronummer) oder E-Mail bereit. Im Jahr 2009 wiesen 23 Personen auf insgesamt 31 potentielle Opfer von Menschenhandel hin. Vier der gemeldeten Opfer waren deutscher Herkunft. In der Mehrzahl der Fälle konnte die zuständige Polizei oder auch die Fachberatungsstelle Kontakt zu den Frauen herstellen. Eine solche Hotlinemeldung aus Nordrhein-Westfalen führte bei einer 18jährigen bulgarischen Frau zur unverzüglichen Befreiung durch die Polizei. Dank der guten Kooperationskontakte zu anderen Fachberatungsstellen im Bundesgebiet konnte eine Erstversorgung der stark verängstigten und traumatisierten jungen Frau vor Ort gewährleistet werden. Sie ist inzwischen (in eine ungewisse Zukunft) nach Bulgarien zurückgekehrt. Ohne den Hinweis des Freiers hätte es zunächst keine Hilfe für die Frau gegeben, der Polizei lagen bis zur Information durch FIM keine einschlägigen Hinweise vor.

• **Gewalt im Namen der Ehre – Wie geht es weiter in Hessen?**

In Kooperation mit dem Diakonischen Werk in Hessen und Nassau (DWHN) hat FIM zu Beginn des Jahres 2009 eine Fachtagung zum Thema „Zwangsheirat, Ehrenmord und Gewalt im Namen der Ehre – Gewalt an Migrantinnen und Migranten im Kontext religiös-traditioneller Systeme“ konzipiert und durchgeführt. Teilgenommen haben die Mitglieder des 2008 gegründeten hessischen Netzwerkes von Beratungseinrichtungen, die mit dieser Thematik konfrontiert sind, sowie externe Referentinnen aus fachspezifischen Einrichtungen in Berlin (Papatya) und Stuttgart (Haus Rosa).

Im Anschluss an diesen für alle Beteiligten sehr informativen Austausch hat FIM im Sommer 2009 eine hessenweite Datenerhebung vorgenommen. Den Ergebnissen zufolge sind alle kontaktierten Einrichtungen, Polizeidienststellen, Frauenhäuser und Jugendämter mit Verbrechen und Problemen rund um die so genannte „Ehrgewalt“ konfrontiert. Deutlich wurde auch, dass sich die befragten Institutionen überwiegend nicht in der Lage sehen, den Opfern adäquat zu helfen oder gar präventiv tätig zu werden.

In Zusammenarbeit mit FIM will die Diakonie eine hessenweite Organisationsstruktur aufbauen, die Einzelfallhilfe, Schutz und Prävention miteinander verbindet. Dringend erforderlich ist eine zentrale Clearingstelle in Hessen, die sowohl für die Opfer von

Ehrgewalt als auch für Polizei, Behörden und Jugendämter einen qualifizierten Ansprechpartner darstellt. Bisher fehlt in Hessen aber auch ein sicherer Zufluchtsort für die von akuter Gewalt bedrohten Menschen. Flankierend beabsichtigt die Diakonie, präventive Maßnahmen in Zusammenarbeit mit ethnischen Communities und Multiplikatoren weiterzuentwickeln. FIM hat zusammen mit dem DWHN ein Konzept erarbeitet, hierzu werden mit der Landesregierung Gespräche geführt.

- **Genitalverstümmelung (Female Genitale Mutilation - FGM)**  
**Film „Wüstenblume“ und Kampagnenstart „STOP FGM NOW!“**

Mit dem starken Anstieg der Anzahl von Frauen aus afrikanischen Ländern bei FIM sehen wir es immer mehr als unsere Aufgabe an, die **Menschenrechtsverletzung** der weiblichen Genitalbeschneidung mit regionalen, basisorientierten und kulturell sensiblen Ansätzen **in Deutschland zu bekämpfen**. Konkret sollen in Deutschland eine angemessene Versorgungsstruktur für Opfer geschaffen und präventive Maßnahmen zum Schutz bedrohter Mädchen ergriffen werden. Im Rahmen dieses neu aufzubauenden Arbeitsfeldes hat FIM anlässlich der Filmvorführungen „Wüstenblume“ in Frankfurt/M. und Offenbach Hintergrundgespräche mit KinobesucherInnen geführt. Außerdem fanden Infoveranstaltungen von FIM in Berufsschulen statt.

Ende 2009 wurde FIM Unterstützerorganisation der am 06. Februar 2010 gestarteten bundesweiten **Kampagne „STOP FGM NOW!“ der Waris-Dirie-Foundation** ([www.stop-fgm-now.com](http://www.stop-fgm-now.com)).

- **Härtefallkommission (HFK) in Hessen – ein neues Gesetz mit neuen Hürden**

FIM ist seit Ende 2008 ordentliches Mitglied der HFK und setzt sich intensiv für die Belange von Menschen in humanitären Notlagen ein. Die Mitarbeit erfordert ein umfassendes und sehr zeitintensives Engagement aller Beteiligten.

Am 09.12.2009 wurde ein **neues Härtefallkommissionsgesetz** beschlossen, das aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen die Chancen auf einen positiven Ausgang für die Antragsteller verringert und die Verfahrensweisen in der HFK erschwert. Anlässlich der Anhörung im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes im September 2009 verfasste FIM eine ausführliche **Stellungnahme** und gab nach der Beschlussfassung des neuen Härtefallkommissionsgesetzes gemeinsam mit verschiedenen in der HFK vertretenen Sozialverbänden am 09.12.2009 eine Erklärung bzw. **Pressemitteilung** heraus ([www.fim-frauenrecht.de/aktuelles/id/10](http://www.fim-frauenrecht.de/aktuelles/id/10)).

- **Menschenhandel in Hessen**

- **afrikanische Opfer und das Thema Voodoo**

Nach wie vor ist die Situation der afrikanischen, meist nigerianischen, Opfer von Menschenhandel sehr schwierig. Der Kontaktaufbau zu betroffenen Frauen sowie ihre Begleitung und Beratung bleiben außerordentlich arbeitsintensiv und erfordern ein hohes Maß an interkultureller und fachlicher Kompetenz. Die Mechanismen der Voodoo-Rituale rufen massive Ängste und Abhängigkeiten hervor. FIM ist unverändert eine der wenigen ausgewiesenen Fachberatungsstellen im Bundesgebiet für diese Klientinnengruppe.

Vor diesem Hintergrund entstand in Kooperation mit der Evangelischen Kirche und dem KOK die Idee einer **bundesweiten Fachtagung**, die den Rahmen für Wissenstransfer und Austausch schaffen sollte.

In Kooperation mit der Evangelischen Frauenbildung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), dem Diakonischen Werk der EKD und dem bundesweiten Koordinierungskreis gegen Gewalt an Frauen im Migrationsprozess (KOK) hat FIM im Mai 2009 in Berlin die Tagung mit dem Titel: „**Bestellt, verraten und verkauft – Bedeutung von Mythos, Religion und Kultur im interkulturell professionellen Umgang mit afrikanischen Opfern von Menschenhandel**“ durchgeführt. Die Tagung war als Fortbildungsmaßnahme konzipiert und für Mitarbeiterinnen von Beratungsstellen, für SeelsorgerInnen sowie für MitarbeiterInnen von Strafverfolgungsbehörden gedacht. FIM-Mitarbeiterinnen referierten und moderierten während der Veranstaltung. Sowohl hinsichtlich der diskutierten Inhalte wie auch hinsichtlich der großen Tagungsbeteiligung war die Veranstaltung ein großer Erfolg. Die Veranstalterinnen erstellen derzeit eine Tagungsdokumentation.

- **EU-Osterweiterung: mangelhafte Versorgung von jungen Menschenhandelsopfern aus den europäischen Nachbarländern**

Verstärkt hat FIM im Bereich Menschenhandel mit jungen Frauen unter 21 Jahren zu tun, die ethnischen Minderheiten angehören, insbesondere den Sinti und Roma aus Bulgarien und Rumänien. Diese jungen Frauen sind meist in einer desolaten körperlichen Verfassung, ihre massive Abhängigkeit von den Händlerringen und ihre Perspektivlosigkeit bedingen ein würdeloses Leben in der Zwangsprostitution. Sowohl bei dieser Opfergruppe als auch bei jungen Frauen aus anderen Herkunftsländern der östlichen EU führt die bestehende Rechtsunsicherheit im Umgang mit jugendlichen EU-Opfern unter 18 Jahren bzw. jungen Frauen zwischen 18 und 21 Jahren zu großen Problemen beim Opferschutz. Insbesondere ist dies dann der Fall, wenn ein Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen angezeigt ist.

Da die Zuständigkeiten nicht eindeutig geklärt sind, bemühen sich deutsche Behörden, die hohen Unterbringungskosten zu vermeiden. In der Folge werden schwer traumatisierte junge und jugendliche Verbrechenopfer nicht adäquat untergebracht und versorgt, anstatt in einer Jugendhilfeeinrichtung leben sie z.B. im Frauenhaus. In Anerkennung eines faktischen **Jugendhilfebedarfs** bemühen sich sodann die deutschen Behörden, die Betroffenen in die Herkunftsländer

zurückzuschicken und dort angepasst unterzubringen. Dies ist allerdings ein großes Problem: Erfahrungen haben gezeigt, dass der Betreuungs- und Versorgungsstandard von Jugendhilfeeinrichtungen in den Herkunftsländern oft nicht den notwendigen Anforderungen (Stichworte: Opferschutz und Menschenhandel) gerecht wird. Zudem sind die Sicherheitsfragen regelmäßig unzufriedenstellend geklärt.

Immer wieder wurde FIM im vergangenen Jahr mit minderjährigen Opfern von Menschenhandel und einer komplizierten Fallbearbeitung u.a. in der Kooperation mit den Jugendämtern konfrontiert. Mit großer Kraftanstrengung und vielseitiger Unterstützung aus dem Kooperationsnetzwerk ist es FIM bislang in einem Fall gelungen, eine schwer traumatisierte Opferzeugin aus Rumänien adäquat in einer Jugendschutzeinrichtung in Deutschland unterzubringen.

- **Initiative zur Konzessionierung von Prostitutionsstätten**

FIM ist an der Arbeit des Runden Tisches Prostitution in Marburg weiterhin aktiv beteiligt. Die im Jahr 2008 in diesem Gremium entwickelten neuen Handlungsansätze zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten und zur Bekämpfung von Ausbeutung und Gewalt im Milieu wurden im Jahr 2009 in hessische sowie bundesweite Fachgremien eingebracht und diskutiert. Dazu gehören u.a. die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Frauenhandel, angesiedelt im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Hessische Städtetag und der Hessische Runde Tisch gegen Menschenhandel.

Ziel des Engagements ist es, mit Hilfe der Gewerbeordnung bzw. neuer gewerberechtlicher Regelungen (Stichwort: Erlaubnispflicht für Bordelle) mehr Transparenz im Rotlichtmilieu herzustellen. Ein vom Runden Tisch entwickelter Flyer ‚Mehr Licht im Rotlicht‘ ([www.fim-frauenrecht.de/marburg/mehr\\_licht\\_im\\_rotlicht](http://www.fim-frauenrecht.de/marburg/mehr_licht_im_rotlicht)) skizziert die rechtlichen Möglichkeiten und Chancen. Die Maßnahmen sollen sichere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen fördern, die Kontrollmöglichkeit von Straftaten soll verbessert werden, und es wird die gewerberechtliche Gleichbehandlung von Prostitution angestrebt.

- **Illegalität**

- **Recht auf Bildung für alle Kinder in Hessen gesichert**

In Hessen wurde der Schulzugang für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglicht. Die Hessische Landesregierung ist 2009 der gemeinsamen Forderung von FIM und zahlreichen Kooperationspartnern nach der Teilnahmemöglichkeit am Schulunterricht ungeachtet des Aufenthaltsstatus gefolgt. Künftig ist es auch diesen Kindern möglich, zur Schule zu gehen. Die zugrunde liegende Verordnung des Hessischen Kultusministeriums wurde entsprechend geändert, sodass die Vorlage einer gültigen Meldebescheinigung keine Voraussetzung mehr ist, um in der Schule aufgenommen zu werden. Dies bedeutet, dass die statuslosen Kinder im schulpflichtigen Alter mit tatsächlichem Aufenthalt in Hessen zum Schulbesuch berechtigt sind.

➤ **In Deutschland geboren und 19 Jahre lang ohne Aufenthaltspapiere**

Die Erteilung einer (zunächst befristeten) Aufenthaltserlaubnis für Svetlana und ihre Mutter gehört zu den positiven Erfolgen in der meist schwierigen Migrationsarbeit. FIM hat sich über diesen Erfolg ganz besonders gefreut. Hier ist es durch intensives Engagement und gute Kooperationen gelungen, dass eine Entscheidung im Sinne der Menschenrechte getroffen wurde. An humanitären Grundsätzen orientiert, wurde der besonderen Situation einer jungen Frau und ihrer Mutter Rechnung getragen.

Svetlanas Geschichte: Sie wird im Oktober 1989 in Deutschland geboren. Ihre Eltern stammen aus Serbien und leben bei ihrer Geburt schon mehr als 10 Jahre illegal in Deutschland.

Hauptsächlich Svetlanas Mutter sorgte mit Putzjobs in Privathaushalten für den Lebensunterhalt der Familie, während ihr Vater – er ist von Beruf Elektriker – es aus Angst vor Entdeckung immer seltener wagte, „schwarz“ zu arbeiten.

Notwendige Arztbesuche wurden immer bar bezahlt.

Auch die Kindergartengebühren für Svetlana wurden bar bezahlt. Die örtliche Grundschule und später das Gymnasium nahmen Svetlana auf, ebenso die weiterführende Schule, an der sie nach Abschluss ihrer Mittleren Reife derzeit eine Ausbildung zur Fremdsprachenkorrespondentin (Englisch und Spanisch) absolviert. Mit dem Abschluss dieser Ausbildung erwirbt sie die Möglichkeit, direkt die 12.

Klasse einer Fachoberschule zu besuchen und das Fachabitur zu machen.

Svetlana ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie ist in die deutsche Gesellschaft integriert, hat alle wichtigen Sozialisationsschritte wie Kindergarten, Schule und Ausbildung erfolgreich gemeistert. Sie spricht deutsch wie ihre Muttersprache. Dies alles haben sie und ihre Eltern trotz der enormen Belastungen, die ein Leben in der Illegalität im Alltag bedeutet, geschafft. Die Eltern selbst haben immer eigenständig für ihren Lebensunterhalt gesorgt, zu keinem Zeitpunkt staatliche Hilfe in Anspruch genommen oder sich etwas zu Schulden kommen lassen.

Über eine soziale Einrichtung, die in Kooperation mit FIM arbeitet, finden Svetlana und ihre Mutter (der Vater ist zwischenzeitlich verstorben) schließlich den Kontakt zu FIM. Svetlana ist die treibende Kraft dieser Bemühungen, sie fühlt sich hier zu Hause, sie hat das Vertrauen, dass eine Legalisierung gelingen kann, und sie will auch das Recht haben, hier zu leben.

FIM hat den Fall von Svetlana und ihrer Mutter für die Härtefallkommission (HFK) umfassend aufgearbeitet, ihn in die Kommission eingebracht und sich intensiv für eine positive Entscheidung eingesetzt.

Die HFK entschied sich dazu, ein Ersuchen an den Innenminister zu stellen, zwischenzeitlich hat der Innenminister dem Ersuchen stattgegeben, Mutter und Tochter erhielten das langersehnte Aufenthaltsrecht, das ihnen neue Lebensperspektiven eröffnet. Über diesen Beratungserfolg hat sich FIM ganz besonders gefreut.



➤ **Solidaritätsaktion der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau erfolgreich**

Seit vielen Jahren setzt sich FIM dafür ein, dass Grund- und Menschenrechte auch für diejenigen gelten müssen, die ohne einen legalen Aufenthaltsstatus oder in prekären Aufenthaltsverhältnissen in Deutschland leben. Konkret bedeutet dies z.B., betroffenen Personen den Zugang zur Gesundheitsversorgung oder zu Notunterkünften zu ermöglichen und den Kindern Bildungsmöglichkeiten (Schul- und Kindergartenbesuch) zu eröffnen. Im Notfall entstehen oft Kosten, die weder von den Betroffenen selbst noch über staatliche Leistungen (keine Krankenversicherung!) zu finanzieren sind.

Der Landesverband der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V. hat 2009 mit seinem Jahresprojekt ‚In den Gärten der Gerechtigkeit‘ dazu aufgerufen, sich mit dem Thema Gerechtigkeit im Zusammenhang mit Illegalität auseinanderzusetzen. Bei dieser ganzjährigen Solidaritätsaktion wurden Spenden gesammelt, die FIM nun für die Arbeit mit Frauen in der Illegalität zur Verfügung stehen. Dies ist für FIM eine wichtige Unterstützung, für die wir uns an dieser Stelle bei allen SpenderInnen ganz herzlich bedanken möchten.

In diesem Zusammenhang fanden verschiedene Informationsveranstaltungen zum Thema statt, bei denen FIM referierte und einen Einblick in die Arbeit mit Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland vermitteln konnte. So z.B. im Dekanat Rodgau oder anlässlich der Jahreshauptversammlung der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e.V. in Darmstadt.

• **Projekt LAiF – Leben und Arbeiten in Frankfurt am Main für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge**

2009 wurde das erste Projektjahr von LAiF erfolgreich abgeschlossen. Ziel des EU-Projektes ist es, in Frankfurt und Rhein-Main ansässigen Menschen mit Bleiberecht bei der Integration in tragfähige, langfristige Beschäftigungsverhältnisse zu unterstützen, ihre Beschäftigungs- und Ausbildungschancen zu verbessern, um das Bleiberecht nicht zu verlieren, und eine dauerhafte Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation zu erzielen. Im Jahr 2009 konnten rund 150 Personen mit Unterstützungsbedarf aus 29 verschiedenen Herkunftsländern erreicht und entsprechend beraten und begleitet werden.

Es hat sich gezeigt, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Zielgruppe besonders schwierig ist und somit eine Vermittlung in feste Arbeitsverhältnisse bislang nur teilweise möglich war. Manche ProjektteilnehmerInnen konnten über Qualifizierungsmaßnahmen und Praktika unterstützt werden.

Darüber hinaus wurden in dem Projekt häufiger eine intensive Begleitung und Betreuung erforderlich, weil viele der TeilnehmerInnen schon sehr lange nicht mehr in einem geregelten Arbeitsverhältnis standen.

Die gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Projektpartnern Berami berufliche Integration e.V., Lehrerkooperative Bildung und Kommunikation e.V.,

Evangelischer Regionalverband Frankfurt/Sozialdienst für Flüchtlinge und FIM ist zentraler Bestandteil für den guten Projektverlauf.

- **EU-Projekt: „Stop domestic violence in communities of people from different ethnics threatened of domestic violence“**  
– FIM ist Partnerprojekt

Im Jahr 2009 wurde FIM angefragt, Partner in einem EU-Projekt zu werden. Dieses Projekt zielt auf einen fachlichen Austausch zum Thema „Häusliche Gewalt“ in Migrantenfamilien. Es sollen interkulturell sensible Methoden zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und neue Verfahrensweisen im Umgang mit Opfern und Tätern verschiedener Kulturen und Herkunftsländer entwickelt werden.

Projektträger ist die Nichtregierungsorganisation „Spondea“ in Brno (Brünn), Tschechische Republik. Weitere Partner des europäischen Vorhabens sind APAV aus Lissabon/Portugal, Tiye International aus Utrecht/Niederlande sowie die Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt/Österreich.

Im März 2010 werden Kolleginnen von Spondea im Rahmen des fachlichen Austausches für einen dreitägigen Besuch zu FIM nach Frankfurt kommen. Für die inhaltliche Gestaltung des Fachgespräches hat FIM ein Beratungskonzept zum Thema „Häusliche Gewalt“ in englischer Sprache erstellt.

- **Öffentlicher und fachlicher Austausch**

Die verschiedenen Arbeitsbereiche und das fachliche Wissen von FIM sind für die breite Öffentlichkeit, die Medien sowie für Berufs- oder auch Ausbildungsgruppen von großem Interesse.

Das Beratungszentrum FIM wird sowohl von **internationalen** wie auch von **nationalen Fachgruppen** aufgesucht, wie z.B. von Vertreterinnen der Evangelisch Lutherischen Kirche in Südafrika und der Evangelisch Lutherischen Kirche in Deutschland. Thema des fachlichen Austausches waren die Erfahrungen von FIM in der Arbeit gegen Menschenhandel. Im Hinblick auf die Fußball-WM 2010 in Südafrika stellte FIM die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Kampagnenarbeit „Stoppt Zwangsprostitution“ anlässlich der Fußball-WM 2006 in Deutschland dar. Im Herbst 2009 wurde FIM im Rahmen einer Begegnungsreise von Mitarbeitenden chinesischer zivilgesellschaftlicher Organisationen besucht. Im Fokus stand die Menschenrechtsarbeit von FIM in den verschiedensten Bereichen (Illegalität, Arbeitsausbeutung, Prostitution u.a.).

Mit Vertretern der Strafverfolgung aus Ghana und Weißrussland fanden Informationsgespräche zur angemessenen Beratung, Unterstützung und Hilfe für die Opfer von Menschenhandel statt.

Darüber hinaus wurden beispielsweise mit zahlreichen Frauenbeauftragten in hessischen Städten Informationsgespräche zur Situation von Frauen in der Prostitution und möglichen Hilfestellungen durch Streetwork geführt. FIM wurde in diesem Zusammenhang zu verschiedenen regionalen Arbeitskreisen gegen Gewalt eingeladen.

Auch im Jahr 2009 gab es seitens **Studierender, wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Doktorandinnen** von Universitäten und Fachhochschulen sowie von **SchülerInnen** ein großes Interesse an Informationen zu den verschiedenen Arbeitsfeldern von FIM. So führte beispielsweise eine wissenschaftliche Mitarbeiterin des Kriminologischen Forschungsinstituts Hannover mit einer FIM-Mitarbeiterin ein Interview zum Thema: „Sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel bei Minderjährigen“, BerufsschülerInnen befragten FIM zur Vorbereitung eines Referates zum Thema: „Menschenhandel und Zwangsprostitution“, und mit einer Doktorandin der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt fand ein Hintergrundgespräch zum Thema: „Illegalität-Forschungsvorhaben zur Situation von Kindern und Jugendlichen in der Illegalität“ statt.

In der Öffentlichkeit und in ExpertInnengremien sowie im Rahmen von Fundraising-Aktivitäten waren die Mitarbeiterinnen von FIM wieder mit zahlreichen **Vorträgen** präsent. So beispielsweise bei der Jahreshauptversammlung der Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau anlässlich des Jahresprojektes `In den Gärten der Gerechtigkeit´ zu „Frauen in der Illegalität“, an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt zu „Prostitution: Erwerbsarbeit, Ausbeutung und Gewalt“ und im Nachbarschaftszentrum Ginnheim zu „Prostitution in Lateinamerika“.

Mit zahlreichen **MedienvertreterInnen** wurden Hintergrundgespräche und Interviews geführt. Dazu gehörten beispielsweise die FAZ, der Hessische Rundfunk, arte und der NDR.

- **Bildungsangebote für Klientinnen**

Mit finanzieller Unterstützung des Weltgebetstages der Frauen wurde die Bildungsarbeit für Klientinnen auch im Jahr 2009 erfolgreich fortgeführt. Neben dem bestehenden **Sprachkursangebot** für Frauen aus Lateinamerika, aus Thailand sowie übergreifend aus allen Herkunftsländern konnte mit Unterstützung der Französisch-reformierten Gemeinde in Frankfurt/ M. ein **sprachlich orientierter Schwimmkurs** für afrikanische Frauen angeboten werden. Dieses völlig neue Kurskonzept zielte darauf ab, die kognitive Leistung des Erlernens der deutschen Sprache mit der körperlichen Leistung des Erlernens von Schwimmkompetenzen zu verknüpfen und war in seiner Umsetzung sehr erfolgreich.

Darüber hinaus fand eine **Projektwerkstatt** für Frauen aus lateinamerikanischen Ländern statt, die das Ziel verfolgte, dass die Frauen mit Hilfe von Kunst, Musik, dem Schreiben, der geleiteten Fantasie etc. „bemerken“, was sie tun. Darin sollten sich ihnen neue Wege aufzeigen, um Lösungen für ihre Probleme zu finden. Es ging auch um verantwortliche und bewusste Entscheidungsfindungen. Die Werkstatt wurde von

einer in der Gestalt- und Kunsttherapie erfahrenen Psychologin/Psychotherapeutin ehrenamtlich geleitet.

Sie sind neugierig geworden und möchten **mehr Informationen** erhalten?

Dann wenden Sie sich bitte gerne an:

Andrea Bode, Tel. 069 / 97 0 97 97 -14  
Oder per E-Mail: [andrea.bode@fim-beratungszentrum.de](mailto:andrea.bode@fim-beratungszentrum.de)

Besuchen Sie uns auch im **Internet**:

[www.fim-frauenrecht.de](http://www.fim-frauenrecht.de)  
[www.stoppt-zwangsprostitution.de](http://www.stoppt-zwangsprostitution.de)

**Spendenkonto:** KTO 400 16 48  
BLZ 500 605 00  
Evangelische Kreditgenossenschaft eG

FIM — Frauenrecht ist Menschenrecht e.V. ist vom Finanzamt Frankfurt am Main als gemeinnützige Einrichtung anerkannt. Für Ihre Spende erhalten Sie automatisch eine Spendenbescheinigung, die Sie steuerlich geltend machen können.

\*\*\*